

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Inflation begrenzen und aktuelle Energiekrise bekämpfen - Landesregierung muss das Saarland winterfest machen

Landtag wolle beschließen:

Über viele Jahre hinweg war das Inflationsgeschehen in Deutschland stabil unter 2 Prozent, die Teuerungsraten waren niedrig, die Verbraucherpreise moderat. Im Zuge der Konjunkturerholung nach der Corona-Krise hat sich die Entwicklung der Verbraucherpreise für viele Volkswirtschaften zu einem ernsthaften Problem entwickelt. Die Inflation in Deutschland verzeichnet aktuell den höchsten Anstieg seit 50 Jahren. In den Monaten März, April, Mai, Juni und Juli dieses Jahres lag die Inflationsrate jeweils mehr als 7 % über dem jeweiligen Vorjahreswert. Solche Inflationsraten gab es im wiedervereinigten Deutschland noch nie. Im Mai kletterte der Verbraucherpreisindex sogar auf den höchsten Stand seit der ersten Ölkrise im Winter 1973/1974.

Durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine sind die Verbraucherpreise für viele Gütergruppen nochmals stark gestiegen und wirken sich in der Folge auch auf die Inflationsrate aus. Die Preise für Energieerzeugnisse sind im Juli 2022 um knapp 36,0 % gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen und damit in einem ähnlichen Ausmaß wie in den vorangegangenen Monaten. Auch die Preise für Nahrungsmittel stiegen mit +14,8 % stark an. Vermögens- und Kaufkraftverluste sind die Folge.

Die zum Teil enormen Preissteigerungen haben sich zu einem erheblichen Alltagsproblem der Bürgerinnen und Bürger entwickelt. Die Heizölpreise haben sich im Vergleich zum Juni 2021 nahezu verdoppelt, für Haushaltskunden erreicht der Gaspreis im Jahr 2022 nie geahnte Höhen. Gleiches gilt für das Tanken, durch den Wegfall des Tankrabatts hat sich zum 1. September die Situation an den Tankstellen nochmals weiter verschärft.

Die gestiegenen Energiekosten, wie auch die Material- und Lieferengpässe stellen auch die saarländische Industrie und insbesondere die mittelständische Wirtschaft vor enorme Herausforderungen. In vielen Fällen können die Kosten in der unternehmerischen Leistungskette nur unzureichend weitergegeben werden. Der dadurch bedingte Kostendruck gefährdet Arbeitsplätze und hemmt die Investitions- und Innovationskraft von Unternehmen.

Ausgegeben: 08.09.2022

An dieser Stelle ist auch die Europäische Zentralbank (EZB) in der Pflicht. Gerade jetzt gilt es, über eine geldpolitische Normalisierung Preisstabilität zu gewährleisten. Mehr denn je gilt es, die Inflation, die zu Wohlstandsverlusten und sozialen Verwerfungen führt, wirksam zu bekämpfen und auf nationaler Ebene einzudämmen.

Aber auch energiepolitisch stehen die europäischen Volkswirtschaften vor den komplexesten Herausforderungen unserer Zeit. Hierzu zählen neben der grundsätzlichen Sicherstellung der Energieversorgung – bei gesteigerten Klimaschutzpolitischen Vorgaben – auch die Eindämmung der extrem gestiegenen Energiepreise aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger und der saarländischen Wirtschaft.

Insbesondere der beschleunigte Anstieg der Energiekosten führt bei einkommensschwächeren Haushalten in Relation zum Einkommen zu einer besorgniserregenden Mehrkostenbelastung. Die Nutzung von Strom im Alltag sowie die Nutzung des eigenen PKWs, um die Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zurückzulegen, dürfen nicht zum Luxus für die Bürgerinnen und Bürger werden, ebenso wenig wie eine warme Wohnung. Genauso sind bezahlbare Energie und Mobilität wesentliche Wettbewerbsbedingungen für unsere mittelständische Wirtschaft. Von ihnen hängen Wachstum und die Sicherung von Arbeitsplätzen ab. Mehr denn je gilt es, die Inflation, die zu Wohlstandsverlusten und sozialen Verwerfungen führt, wirksam zu bekämpfen und auf nationaler Ebene einzudämmen.

Auch das nunmehr dritte durch die Bundesregierung auf den Weg gebrachte Maßnahmenpaket greift wieder einmal zu kurz. Ein schlüssiges Gesamtkonzept fehlt weiterhin, die dringend erforderlichen Entlastungen fallen zu gering aus.

Auch die saarländische Landesregierung handelt nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit. Die saarländische Landesregierung hat es während des Sommers verschlafen, die richtigen Weichen zu stellen, um das Saarland winterfest zu machen.

Daher fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf,

- einen Gipfel zur Energiekrise einzuberufen. Das Saarland muss sich auf den Energiekrisen-Winter vorbereiten: dazu braucht es einen saarländischen „Gipfel Energiekrise“, bei dem alle wichtigen Kräfte, wie Kommunen, Arbeitgeber und Gewerkschaften, Handwerk sowie Energieversorger und die Verbraucherschutzverbände gemeinsam mit der Landesregierung beraten. Ziel muss dabei auch sein, gemeinsam landesweit einheitliche Regelungen für Energieeinsparmaßnahmen in Einrichtungen der öffentlichen Hand zu finden.
- Dörfer, Stadtquartiere und soziale Einrichtungen winterfest zu machen. Für unsere Vereine in Sport und Kultur, für unsere Schulen und für das soziale Miteinander wollen wir Räume für Trainings- und Treffmöglichkeiten durch gemeinsame Koordinierung im Winter bewahren. Das Land muss schnell eine intensivere Koordinierung der öffentlichen Hand mit anderen Akteuren auf den Weg bringen und diese finanziell unterstützen.

- eine Ausbauoffensive PV auf öffentlichen Dächern und öffentlichen Flächen zu starten. Großes Potential für den Ausbau erneuerbarer Energien stellen nicht zuletzt die Dachflächen der öffentlichen Gebäude dar. Um deren Verwirklichung zu beschleunigen, fordern wir die Einrichtung einer Taskforce PV durch die LEG kommunal, die Städte und Gemeinden bei der Verwirklichung projektsteuernd unterstützt.
- einen Schutzschirm für Stadtwerke zu errichten. Es muss sichergestellt werden, dass Stadtwerke im Winter weiter Gas liefern können. Hier ist die Landesregierung in der Pflicht. Beim Einkauf auf dem Gasmarkt müssen sie inzwischen deutlich höhere Preise zahlen. Zudem droht, dass Privatkunden und Unternehmen ihre Rechnungen nicht mehr zahlen können und Stadtwerke dadurch in eine finanzielle Schieflage geraten. Die saarländischen Städte und Gemeinden sind angesichts ihrer angespannten Haushaltslage nicht in der Lage, ihre kommunalen Energieversorger im Falle einer schweren Krise zu unterstützen. Daher ist ein Schutzschirm im Saarland besonders notwendig.

Der Landtag des Saarlandes fordert darüber hinaus die Bundesregierung auf,

- die vom Bund beschlossenen Gasumlagen zu stoppen. Diese Umlagen stellen eine enorme zusätzliche Belastung für die Gaskundinnen und Gaskunden dar, welche bereits ohne die Umlagen unter den rasant gestiegenen Energiepreisen leiden. Für uns ist klar, dass der Staat in dieser schwierigen Lage unverschuldet in Not geratene Energieunternehmen unterstützen muss. Die kurzfristige Bewältigung der Energiekrise ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung und darf nicht einseitig auf den Schultern von Gaskundinnen und Gaskunden ausgetragen werden.
- die Pendlerpauschale bereits ab dem ersten Entfernungskilometer auf 0,38 Euro anzuheben. Darüber hinaus ist die Pendlerpauschale dynamisch an die Entwicklung der Kraftstoffpreise zu knüpfen.
- die Mehrwert-/Umsatzsteuer auf Strom-, Gas-, Heizöl- und Fernwärmelieferungen für die Jahre 2022 und 2023 auf den europäischen Mindestsatz zu senken.
- über die Anpassung des progressiven Einkommensteuertarifs hinaus mithilfe einer Dynamisierung die hohe Inflationsrate und zugleich die kalte Progression abzufedern.
- durch solide Haushaltspolitik die Inflation nicht noch weiter anzuheizen.
- einen Energiepreisdeckel in Form eines wettbewerbsfähigen Strompreises für energieintensive Unternehmen einzuführen. Bereits im Jahr 2021 war Deutschland das Land mit den höchsten Gewerbe- und Industriestrompreisen in Europa, was der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen schadet. Gerade Unternehmen in Grenzregionen wie dem Saarland leiden besonders unter diesen Abweichungen, die sich aktuell durch Gas- und Strompreisbremsen in Frankreich vergrößern.

- den Strompreis zu bremsen. Die Strompreisbildung ist in eine Schieflage geraten. Aktuell wird der Strompreis durch den explodierenden Preis der Gasverstromung bestimmt. Ein Strommarktdesign, das sich bei der Preisbildung an der teuersten erzeugten Kilowattstunde orientiert (Merit-Order-Prinzip), wird durch kriegsbedingte Gaspreise verzerrt. Diese krisenbedingte Verzerrung muss dringend korrigiert werden. Die Gasverstromung soll aus der Strompreisbildung herausgelöst werden. Wir wollen das Merit-Order-Prinzip erhalten und Strompreistreiber Gas aus dem Preissystem entfernen bzw. den Großhandelspreis deckeln.
- technologieoffen und ideologiebefreit alle gegebenen rechtlichen, technischen und betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten zur Sicherung der Energieversorgung zu nutzen. Wir fordern einen zeitlich befristeten Weiterbetrieb von Kernkraftwerken zur sicheren und CO₂-armen Stromversorgung in den kommenden Jahren. Technisch, personell und rechtlich ist der Weiterbetrieb der drei Kernkraftwerke am Netz möglich, wenn jetzt die richtigen Weichenstellungen vorgenommen werden. Auf europäische Solidarität kann die Bundesrepublik Deutschland nur dann hoffen, wenn der Bund den energiepolitischen und ideologischen Alleingang schnellstmöglich beendet.
- die Instrumente zur Krisenbekämpfung auf Krisen zu begrenzen. Staatliche Instrumente zur Krisenbekämpfung belasten die staatlichen Haushalte und greifen zulasten fairer Wettbewerbsbedingungen in die marktwirtschaftliche Ordnung ein. Sie müssen auf das notwendige Maß begrenzt und von Anfang an befristet werden. Nur so vermeiden wir, dass mit jeder neuen Krise eine dauerhafte Ausweitung des Staatsinterventionismus einhergeht. Bestehende Instrumente vergangener Krisen müssen konsequent zurückgeführt werden.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.